



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

---

Es informiert Sie:	Cornelia Brinkhoff
Telefon:	02104/99-1633
Fax:	02104/99-4575
E-Mail:	<a href="mailto:cornelia.brinkhoff@kreis-mettmann.de">cornelia.brinkhoff@kreis-mettmann.de</a>

Mettmann, den 11.02.2020

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Montag, den 10.02.2020, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Udo Switalski

#### **Mitglieder**

Dirk Brixius  
Jürgen Bullert  
Detlef Ehlert  
Schabestan Gafari  
Gabriele Hruschka (bis 16:00 Uhr)  
Ingmar Janssen  
Marc Kammann  
Martina Köster-Flashar  
Friedrich-Ernst Martin  
Arno Nell  
Peter Ratajczak  
Helmut Rohden  
Ulrich Schwierzke  
Christine Trube  
Peter Werner  
Sebastian Wladarz

#### **Verwaltung**

Cornelia Brinkhoff  
Désirée Geisler  
Nils Hanheide  
Brigitte Heinz  
Ralf Hermann

Daniela Hitzemann  
Thomas Jarzombek  
Peter Klages  
Martin Stumpf  
Thomas Tödter

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.11.2019
3. Informationen der Verwaltung
4. Bericht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2019 33/001/2020
5. Aktuelles aus dem Ausländeramt 33/003/2020
6. Digitalisierung im Straßenverkehrsamt 36/001/2020
7. Änderung der Satzung des Kreises Mettmann über die Erhebung von Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung 39/001/2020
8. Aufhebung der Satzung des Kreises Mettmann über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene 39/002/2020
9. Nachträge
- 9.1. Krisenmanagement Coronavirus hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 05.02.2020 32/001/2020

### **Nicht öffentlicher Teil**

10. Informationen der Verwaltung
11. Nachträge

## Öffentlicher Teil

### **Zu Punkt 1.1: Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende, Herr KA Switalski, eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind.

Anschließend stellt er die Anwesenheit unter Berücksichtigung der Vertretung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Für die Tagesordnungspunkte 7 und 8 wird als Berichterstatter für den Kreistag Herr KA Bulert von der SPD-Fraktion benannt.

### **Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.11.2019**

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift zur Sitzung vom 18.11.2019 einstimmig.

### **Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung**

Herr Hanheide informiert zunächst über die Auswirkungen des Sturmtiefs „Sabine“ im Kreis Mettmann.

Bereits am Freitag, den 07.02.2020, hatte der Deutsche Wetterdienst eine Vorwarnung vor einem Sturm mit orkanartigen Böen für das Gebiet des Kreises Mettmann herausgegeben. Diese wurde am Sonntag um 11:00 Uhr konkretisiert zu einer amtlichen Unwetterwarnung (Stufe 3 von 4).

Mit Beginn des Warnzeitraums seien am Sonntag ab 17:00 Uhr erste Feuerwehrrhäuser mit ehrenamtlichen Kräften besetzt und die Leitstelle um fünf zusätzliche Disponenten verstärkt worden, womit elf Disponenten, zzgl. Lagedienstführer, Leiter Leitstelle und eines Mitarbeiters Technik, im Dienst gewesen seien. Der Kreisbrandmeister habe nach Beobachtung verschiedener Wetterdienste und Berechnungsmodelle mit dreistündigem Vorlauf den operativ-taktischen Führungsstab des Kreises für 18:30 Uhr alarmieren lassen; dieser habe mit 20 Kräften nach einer ersten Lagebesprechung die Arbeit aufgenommen. Auch jeweils ein Fachberater von DRK und THW seien in den Stab gekommen.

Um 20:00 Uhr sei der Großteil der Feuerwehrrhäuser im Kreis besetzt gewesen; in der Regel seien örtliche Einsatzleitungen auf den Wachen gebildet worden. Die Zahl der vorgehaltenen Kräfte bei Feuerwehr, DRK und THW habe im Laufe des Abends bis zu 680 Personen betragen.

Die weitere Beobachtung der Wettermodelle habe gezeigt, dass der für unsere Region angekündigte Höhepunkt bei orkanartigen Böen nicht mehr in der Nacht zu erwarten gewesen sei, im Gegenteil sich die Lage weiter beruhigen würde. Daher sei um 23:15 Uhr die Arbeit des Führungsstabs eingestellt worden.

Eine aktualisierte Einsatzzahl belaufe sich auf 77 sturmbedingte Einsätze. Dabei habe es sich in der Regel um umgestürzte Bäume und abgerissene Äste sowie lose Teile gehandelt, wobei es keine außergewöhnlichen Einsätze gegeben habe. Es sei niemand verletzt worden.

Des Weiteren berichtet Herr Hanheide über den Verhandlungstermin zur „CO-Pipeline“. Das Oberverwaltungsgericht Münster habe in Aussicht gestellt, Ende August 2020 die mündliche Verhandlung in den dort nach Zurückweisung der Vorlage vom Bundesverfassungsgericht wieder anhängigen Berufungsleitverfahren vorzusehen. Dies stehe allerdings noch unter dem Vorbehalt, dass Ende Februar 2020 abgesehen werden könne, ob sich diese zeitliche Vorstellung realisieren lassen werde.

Weiterhin informiert Herr Hanheide über die Wiederaufnahme der aktiven Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Die bis 2016 der Abteilung Ausländerwesen organisatorisch zugeordnete Aufgabe habe sich wegen des Arbeitsanfalls im ausländerbehördlichen Vollzugsbereich zwischenzeitlich auf die Durchführung von außendienst- und ermittlungsunabhängigen Ordnungswidrigkeitenverfahren beschränkt. Mit der Einrichtung von zwei neuen Planstellen im Stellenplan 2019 und deren Besetzung seit Herbst letzten Jahres seien die Strukturen für die Wiederaufnahme der aktiven Schwarzarbeitsbekämpfung nunmehr im Rechts- und Ordnungsamt geschaffen worden.

Dabei sei auch die Frage geprüft worden, ob das sogenannte „Remscheider Modell“, eine vom ehemaligen Oberbürgermeister und heutigen Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Remscheid intensiv mit materiellen und personalen Ressourcen geförderte Zusammenarbeit von Ordnungsbehörde und Handwerk, auf den Kreis Mettmann übertragen werden könne. Eine inhaltsgleiche Übertragung des „Remscheider-Modells“ auf die Schwarzarbeitsbekämpfung des Kreises Mettmann sei - insbesondere aus finanziellen Gründen - für die Kreishandwerkerschaft Mettmann nicht realisierbar. Über machbare Kooperationsmaßnahmen befände sich die Verwaltung allerdings mit der Kreishandwerkerschaft nach wie vor in einem konstruktiven Austausch.

Erste Kontrollaktionen mit dem Hauptzollamt Düsseldorf seien bereits durchgeführt worden und sollten ein fester Bestandteil der seit Jahresbeginn wieder unter Wahrung sämtlicher Vollzugsaufgaben durch den Kreis Mettmann wahrgenommenen Aufgabe „Bekämpfung der Schwarzarbeit“ werden.

<b>Zu Punkt 4:</b>	<b>Bericht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2019 - Vorlage Nr. 33/001/2020</b>
--------------------	--

Der Ausschuss nimmt den Bericht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2019 zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 5:</b>	<b>Aktuelles aus dem Ausländeramt - Vorlage Nr. 33/003/2020</b>
--------------------	---

Frau Geisler informiert anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1) über die aktuellen Entwicklungen im Ausländeramt.

Sie stellt im Verlauf der Präsentation klar, dass die Briten in den Berechnungen noch einbezogen worden seien, da es sich um Werte aus dem Jahr 2019 handele.

Der scheinbare Rückgang der Gesamtzahl an Ausländern sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass in den Vorjahren noch einige Datensätze enthalten gewesen seien, die nicht korrekt abgemeldet aber inzwischen bereinigt wurden. Somit sei davon auszugehen, dass sich

die Anzahl der gemeldeten Ausländer im Kreis Mettmann tatsächlich nicht wesentlich verändert habe.

Ferner verweist Frau Geisler auf den deutlichen Rückgang der Anerkennungen von Asylbewerbern durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Darüber hinaus verweist Frau Geisler auf die neuen Öffnungszeiten des Ausländeramtes, diese würden nachgereicht und zum Protokoll genommen.

Frau SB Gafari fragt nach, ob sich die Prozentzahlen zu Duldungsinhabern und Inhabern von Aufenthaltstiteln noch einmal markant verändern könnten und äußerte die Befürchtung, dass Personen, deren befristete Aufenthaltstitel dieses Jahr verlängert werden müssten, in die Duldungsfalle geraten könnten.

Frau Geisler führt hierzu aus, dass dies vornehmlich der Fall sei, wenn Straftaten vorlägen. Auf weitere Nachfrage von Frau SB Gafari, ob dies auch der Fall bei fehlender Mitwirkung sein könnte, erklärt Frau Geisler, dass die fehlende Mitwirkung in der Regel Personen betreffe, die aufgrund ihrer Ausreiseverpflichtung geduldet seien.

Weiterhin geht Frau SB Gafari auf das auf der Homepage des Kreises Mettmann veröffentlichte Informationsschreiben zum Brexit ein. Dies sei sehr informativ, jedoch aufgrund des inzwischen vollzogenen Brexits nicht mehr aktuell. Daher erkundigt Frau Gafari sich, ob es ein neues Informationsschreiben geben wird.

Frau Geisler erläutert, dass der Rahmen des Informationsschreibens beibehalten, die Informationen im Fließtext des Internetauftritts jedoch aktualisiert worden seien. Ferner ergänzt Frau Geisler, dass der Brexit derzeit keine nennenswerten Konsequenzen für britische Staatsbürger haben werde, da der Brexit zwar vollzogen worden sei, britische Staatsbürger aber bis zum Ende dieses Jahres behandelt würden als sei Großbritannien noch Mitglied in der EU.

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 6: Digitalisierung im Straßenverkehrsamt - Vorlage Nr. 36/001/2020</b>
--

Frau Heinz informiert anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 2) über die Digitalisierung im Straßenverkehrsamt.

Im Vorfeld erläutert Frau Heinz kurz die derzeitigen Entwicklungen zur Digitalisierung der Verwaltung. Unter dem Oberbegriff E-Government und auf Grundlage des 2017 in Kraft getretenen Onlinezugangsgesetzes (OZG) seien 17 Themenfelder mit rund 600 digitalisierenden Verwaltungsleistungen gebildet worden. Diese Themenfelder seien unter den Ländern aufgeteilt worden und würden in diversen Workshops bearbeitet. Zudem habe das Ministerium für Wirtschaft ein Förderprogramm für Modellkommunen aufgelegt, in dessen Rahmen Mustervarianten zur Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen entwickelt würden. Ferner werde unter dem Dach des KDN (Dachorganisation der kommunalen IT-Dienstleister in NRW) ein Serviceportal für NRW entwickelt.

Herr KA Switalski merkt im Anschluss an die PowerPoint-Präsentation an, dass der gewerbliche Bereich einen hohen Anteil der Arbeit des Straßenverkehrsamtes einnimmt.

Frau KA Köster-Flashar gibt zu bedenken, dass das Ziel einer erhöhten Nutzerfreundlichkeit mit der Einrichtung des Onlineverfahrens nicht erreicht werden könne und eine große Initiative nötig sei, dies an die Bürger heranzutragen.

Frau Heinz ergänzt, dass aufgrund der bisher fehlenden Anpassung der gesetzlichen Grundlagen Medienbrüche in Kauf genommen werden müssen, beispielsweise bei der Entwertung eines Führerscheins, die zwangsläufig durch die Behörde erfolgen müsse.

Auch Herr SB Nell steht dem komplizierten Verfahren kritisch gegenüber. Aus seiner Sicht müssten die Anträge, die an den Bürgerterminals gestellt werden können, den Bürgern zu Hause über einen geschützten Bereich im Internet zur Verfügung gestellt werden.

Herr Hanheide schließt mit der Anmerkung, dass es für den Bürger derzeit einfacher sei, persönlich ins Straßenverkehrsamt zu kommen. Dies sei jedoch nicht Ziel der Digitalisierung.

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 7:</b>	<b>Änderung der Satzung des Kreises Mettmann über die Erhebung von Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung - Vorlage Nr. 39/001/2020</b>
--------------------	---

Herr KA Switalski verweist auf die umfangreiche Vorlage.

Herr Hanheide ergänzt, dass es voraussichtlich nicht zu großen finanziellen Auswirkungen im Kreis Mettmann kommen werde. Das konkrete Ausmaß müsse noch ermittelt werden. Die Auswirkungen seien überschaubar. Für die Betroffenen sei dies nicht angenehm, aber unvermeidlich.

#### **Beschlussvorschlag für den Kreistag:**

Die Vierte Satzung zur Änderung der Satzung des Kreises Mettmann über die Erhebung von Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung vom 15.01.2010 (*Anlage 1 der Vorlage*) wird unter Berücksichtigung der zugrundeliegenden Gebührenbedarfsberechnung (*Anlagen 2 und 3 der Vorlage*) beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 8:</b>	<b>Aufhebung der Satzung des Kreises Mettmann über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene - Vorlage Nr. 39/002/2020</b>
--------------------	---

Herr Hanheide merkt an, dass eine Satzung nur erforderlich sei, wenn von den europarechtlich vorgegebenen Rahmengebühren abgewichen werden solle. Aufgrund der veränderten Strukturen bei einem großen Fleischverarbeitungsbetrieb in Hilden sei es nun jedoch nicht mehr erforderlich, über die EU – Rahmengebühren hinauszugehen.

#### **Beschlussvorschlag für den Kreistag:**

Die der Vorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Aufhebung der Satzung des Kreises Mettmann über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene vom 18.12.2007 wird rückwirkend zum 01.01.2020 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 9:</b>	<b>Nachträge</b>
--------------------	------------------

Abgesehen von der Anfrage der Fraktion DIE LINKE gibt es keine weiteren Nachträge.

**Zu Punkt 9.1: Krisenmanagement Coronavirus**  
**hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 05.02.2020**  
**- Vorlage Nr. 32/001/2020**

Herr Hanheide weist darauf hin, dass einige Fragen nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallen, sondern mehrheitlich den Gesundheitsausschuss betreffen. Man habe sich jedoch mit dem Gesundheitsamt kurzgeschlossen, um eine Beantwortung im Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz vorzunehmen. Die mündlichen Ausführungen von Herrn Hanheide werden als Anlage 3 zur Niederschrift genommen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**Die Nichtöffentlichkeit wird um 16:05 Uhr hergestellt.**

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 16:06 Uhr**

gez.  
**Udo Switalski**

gez.  
**Alexandra Walterschen**